Straßenbau: Das Drama geht weiter

Der Ortsbeirat Pfalzel lehnt die Satzung für wiederkehrende Beiträge ab. Die entscheidende Abstimmung im Stadtrat steht dadurch auf der Kippe. Auswirkungen hätte das auch für andere Stadtteile.

VON RAINER NEUBERT

In der Eltzstraße in Pfalzel wird gebaut. Ob die hohe Beteiligung der Anlieger bleibt, oder die Kosten auf den ganzen Stadtteil verteilt werden, ist nach der Sitzung des Ortsbeirats wieder offen. FOTOS (2): HANS KRÄMER

TRIER Das Drama um die Straßenbaubeiträge in Trier geht weiter. Nach Mariahof sollte Trier-Pfalzel der zweite Stadtteil werden, in dem sich die Kosten für Straßenneubauten und Erneuerungen von Verkehrswegen auf alle Grundstückseigentümer verteilen. Nachdem der Ortsbeirat des Stadtteils sich Mitte November grundsätzlich mit einer knappen Mehrheit für die dauerhafte Einführung wiederkehrender Beiträge ausgesprochen hatte, lehnte das gleiche Gremium am Donnerstagabend die dazugehörige Satzung ab. Baudezernent Andreas Ludwig hatte davor mehrfach betont, dass für eine Diskussion im Stadtrat das Votum des Ortsbeirates entscheidend sei. Danach werde geprüft, die solidarische Kostenabrechnung auch in anderen Stadtteilen einzuführen.

„Das Thema bleibt auf der Tagesordnung der Stadtratssitzung am 17. Dezember“, beantwortet Baudezernent Andreas Ludwig am Freitag eine Nachfrage des Trierischen Volksfreunds, welche der Abstimmungen im Ortsbeirat für das weitere Vorgehen mehr Gewicht hat. „Die Verwaltung hat zur Einführung von wiederkehrenden Beiträgen für Pfalzel eine Vorlage erarbeitet, die allgemein als faire und gute Lösung angesehen wurde. Bauausschuss und Steuerungsausschuss haben die Vorlage mit großer Mehrheit beschlossen.“

Der Ortsbeirat habe die erste Richtungsentscheidung mit knapper Mehrheit für wiederkehrende Beiträge getroffen, die konkrete Vorlage jetzt mit knapper Mehrheit abgelehnt. „Der Stadtrat muss sich ein Bild davon machen, wie er diese unterschiedlichen Entscheidungen des Ortsbeirates bewertet.“

Eindeutig äußert sich der Baudezernent für den Fall eines negativen Votums in der Stadtratssitzung: „Wenn die Vorlage für wiederkehrende Beiträge abgelehnt wird, bleibt es bei den Einmalbeiträgen für die Anlieger der Eltzstraße. Die Verwaltung kann an dieser Stelle gar nicht anders handeln, denn die Rechnungen für die Leistungen aus diesem Jahr müssen bezahlt werden und dürfen – das haben wir mehrfach dargestellt – aufgrund der Rechtslage eben nicht zu 100 Prozent aus dem städtischen Etat übernommen werden.“

Wie sich die großen Fraktionen im Stadtrat am kommenden Dienstag verhalten werden, war am Freitag nur von den Grünen zu erfahren. „Unsere Stadtratsfraktion wird der Verwaltungsvorlage zur Einführung der wiederkehrenden Beiträge in Pfalzel zustimmen“, sagte Fraktionssprecherin Anja Reinermann-Matatko.

Mit einer Mehrheit von sechs zu fünf Stimmen bei einer Enthaltung hatte der Ortsbeirat Pfalzel am Donnerstagabend nach einstündiger Diskussion gegen den Satzungsentwurf gestimmt. Die Gegenstimmen kamen dabei überwiegend von der Unabhängigen Bürgervertretung Trier (UBT) sowie aus der SPD-Fraktion. Ortsvorsteherin Margret Pfeiffer-Erdel stimmte erneut nicht mit. „Ich verhalte mich bei den Abstimmungen im Ortsbeirat grundsätzlich neutral“, betonte sie auf die Frage unserer Zeitung nach dem Grund für dieses Verhalten.

Die Abstimmung in der Stadtratssitzung am 17. Dezember ist wichtig, weil nur bei einem positiven Votum noch in diesem Jahr die neue Zahlungsregelung für den bereits laufenden Ausbau der Eltzstraße rückwirkend gelten kann. Darauf hoffen weiterhin die 48 privaten und gewerblichen Anwohner, die bei Einmalbeiträgen für das jahrelang verschobene und inzwischen 2,5 Millionen Euro teure Projekt mit bis zu sechsstelligen Summen belastet würden. Das hatte in Pfalzel zu erheblichem Protest geführt. In der Folge war die Stadt bereit, wiederkehrende Beiträge einzuführen und die Kosten auf alle Grundstückseigentümer in Pfalzel zu verteilen.

Die Zusage, eine solche Umstellung auch in anderen Stadtteilen zu prüfen, weckt besonders in Trier-Nord und Feyen Hoffnungen. Denn in der Benediktinerstraße und in der Straße Am Pfahlweiher sollen sich die angrenzenden Grundstückseigentümer an den hohen Ausbaukosten beteiligen. Mit einem aktuellen Brief haben Anlieger beider Straßen den Oberbürgermeister und die Fraktionen des Stadtrats aufgefordert, alle Einwohner gleich zu behandeln und flächendeckend wiederkehrende Beiträge einzuführen. Und auch in Euren und Zewen ist die Hoffnung auf eine solidarische Beitragserhebung angesichts der in den kommenden Jahren anstehenden Straßenerneuerungen groß.

Gebündelt sind Sorge, Zorn und Hoffnung von Anliegern betroffener Straßen aus der Stadt und dem Ruwertal in der Bürgerinitiative „Gegen Anliegerbeiträge für den Straßenbau.“ Sprecher Ralf Päßler wiederholt die Forderung dieser Gruppe, dass in Rheinland-Pfalz der Straßenausbau zur Pflichtaufgabe des Landes werden solle. Eine entsprechende Resolution hatte der Stadtrat Trier vor genau einem Jahr gefasst – bei Enthaltung der SPD.

„Wir begrüßen diesen Beschluss“, sagt Päßler. „Um weiterhin glaubhaft zu bleiben, muss das vom Stadtrat mit Nachdruck weiter verfolgt werden.“ Die Bürgerinitiative hofft auf die Landtagswahl 2021. „Bis zur endgültigen Abschaffung erwarten wir von der Stadt Trier, dass alle Einwohner gleich behandelt werden, indem flächendeckend wiederkehrende Beiträge eingeführt werden.“ Das müsse auch bei schon angelaufenen Projekten erfolgen. Bevor diese Grundsatzentscheidung diskutiert wird, muss der Stadtrat am kommenden Dienstag aber über Pfalzel entscheiden. Trotz der unterschiedlichen Abstimmungsergebnisse des Ortsbeirats.

Auch in der Benediktinerstraße in Trier-Nord hoffen die Anlieger auf eine Neuregelung der Ausbaubeiträge und die großflächige Verteilung der Kosten.

MEINUNG

Klein-Brexit lässt grüßen

Aus Sicht des Ortsbeirats hat nun der Stadtrat den schwarzen Peter. Der wird voraussichtlich trotz der Ablehnung der Satzung durch das Pfalzeler Gremium für die Einführung wiederkehrender Beiträge stimmen. Alles andere wäre ein Affront und eine klare Attacke auf das Solidarprinzip. Bei Beschwerden vieler Betroffener aus dem Ortsteil können dann mindestens sechs demokratisch gewählte Vertreter der untersten parlamentarischen Ebene darauf verweisen, dass sie diese Entscheidung nicht zu verantworten haben, sondern von „denen im Stadtrat“ überstimmt worden sind.

Die Karten so im zweiten Anlauf neu zu mischen, ist kein gutes demokratisches Verhalten. Hin und her. Klein-Brexit lässt grüßen. Das schafft kein Vertrauen in das demokratische System. Nach der Grundsatzentscheidung vor knapp vier Wochen wären Enthaltungen der Gegner bei der Abstimmung über die Satzung angemessen gewesen.

So oder so zeigt das Thema Straßenbaubeiträge seine enorme Sprengkraft. Es ist ein Thema für die Landtagswahl, bei der alle Parteien Farbe bekennen müssen. Einmalbeiträge für Straßen, die von vielen genutzt werden, sind unsozial. Das muss grundsätzlich neu geregelt werden.

r.neubert@volksfreund.de

Rainer Neubert